

Offener Brief an Frau Julia Klöckner, MdB und Bundestagspräsidentin

Bad Kreuznach, den 4.08.2025

Sehr geehrte Frau Klöckner,

mit großer Sorge beobachten wir, die Aktiven der Omas for Future Bad Kreuznach und Nahe-Glan, wie die Bundesregierung unter Ministerin Reiche die Energiewende ausbremst und fossile Abhängigkeiten zementiert. Wir fordern Sie als unsere Bundestagsabgeordnete des Nahelandes auf, unsere Region im Bundestag für einen konsequenten Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas zu vertreten. Bitte setzen Sie sich für einen unverminderten Ausbau erneuerbarer, dezentraler Energien und eine beschleunigte Elektrifizierung von Industrie, Wärme und Verkehr ein.

Unsere Kernforderungen:

1. **Sofortiger Stopp aller neuen Gasinfrastruktur-Projekte und Rücknahme geplanter Gaskraftwerke.** Neue fossile Kraftwerke bedeuten Emissionen über Jahrzehnte und machen das 1,5-Grad-Ziel unerreichbar. Zudem verstoßen sie gegen EU-Beihilfeleitlinien und es drohen teure Rechtsstreitigkeiten und „Stranded Assets“.
2. **Gesetzliche Verankerung des vollständigen Ausstiegs aus Kohle und Gas bis spätestens 2030 im Klimaschutzgesetz.** Wissenschaftliche Studien belegen, dass ein Ausstieg vor 2030 essenziell ist, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Ein verbindlicher Fahrplan schafft zudem Investitionssicherheit für erneuerbare Projekte.
3. **Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien.** Lange Genehmigungsprozesse verzögern den Ausbau um Jahre und treiben Kosten durch Inflation bei Material und Personal in die Höhe. Ein schnellerer Zubau ist erforderlich, um die Lücke, die durch Abschaltung der Kohle- und letztlich auch Gaskraftwerke entsteht, zu schließen.
4. **Flächendeckender Aufbau dezentraler Strom- und Wärmespeicher.** Dezentrale Speicher glätten Versorgungs- und Preisspitzen, reduzieren Engpässe im Netz und sichern den Eigenverbrauch. Sie ermöglichen darüber hinaus den zuverlässigen Betrieb von Wärmepumpen und E-Mobilität auch bei schwankender Einspeisung.
5. **Förderung und Einführung intelligenter Stromnetze (Smart Grids).** Echtzeitsteuerung verhindert Netzüberlastungen und verschiebt Lastspitzen in Zeiten hoher Einspeisung erneuerbarer Energien. Smart Grids senken Systemkosten, da Netzverstärkungen seltener nötig werden und bestehende Leitungen besser ausgelastet sind.
6. **Beibehaltung der Zuschüsse für Wärmepumpen und umfassende Förderung von Gebäudedämmungsmaßnahmen.** Die Förderungen erlauben besonders einkommensschwachen Haushalten an der Energiewende teilzunehmen. Komplettboni für Dämmung und Heizung maximieren Einsparungen bei den Heizkosten und senken CO₂-Emissionen langfristig.
7. **Betreiber:innen von Wind- und Solaranlagen nicht mit zusätzlichen Netzentgelten belasten.** Der Ausbau erneuerbarer Energien ist zentraler Bestandteil der Energiewende und dient der Erreichung unserer Klimaziele. Wenn fossil betriebene Kraftwerke weiterhin kostenfrei ans Netz angeschlossen werden, entsteht ein unfairer Wettbewerbsvorteil zulasten der Erneuerbaren – obwohl diese umweltfreundlicher und langfristig wirtschaftlicher sind. Investitionen würden unsicherer, der Ausbau der Erneuerbaren würde sich verlangsamen.
8. **Keine KTF-Gelder für Subventionierung von schmutzigem Erdgas.** Die neue Bundesregierung plant, 3,4 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) umzuwidmen, um die sogenannte Gasspeicherumlage abzuschaffen und damit die Gaspreise zu senken. Der KTF ist ausdrücklich für klimafreundliche Investitionen

geschaffen worden – z. B. Wärmepumpen, Gebäudesanierung, Wasserstoffwirtschaft. Die Subventionen für fossiles Erdgas bewirken genau das Gegenteil. Sie verzögern die Energie- und Wärmewende.

9. **Bevorzugung von grünem Wasserstoff und Stärkung dezentraler Energiegenossenschaften.** Grüner Wasserstoff ist der Schlüssel für CO₂-freien Industriestahl, Chemie und langfristige Energiespeicherung. Jede Investition in fossilen Wasserstoff bindet klimaschädliche Ressourcen und untergräbt regionale Energieprojekte und Bürger:innenbeteiligung.

Mit den genannten Maßnahmen wahren wir unsere Lebensgrundlagen, beenden klimaschädliche Abhängigkeiten und sichern auch langfristig stabile Energiepreise. Darüber hinaus sind Ministerin Reiche Pläne vor dem Hintergrund des jüngsten Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs ein klarer Verstoß gegen das geltende Recht und würden juristisch angefochten.

Wir bitten Sie, sich im Bundestag klar gegen die Gaspläne der Bundesregierung zu positionieren.

1. **Im Plenum des Bundestags** • Während der Haushaltsdebatte für 2026 mit einer Rede die Ausgabenschwerpunkte im Klima- und Transformationsfonds einfordern. • In der „Aktuellen Stunde“ auf Antrag der CDU/CSU zur Energiepolitik deutliche Kritik an neuen Gasprojekten üben.
2. **Im Ausschuss für Wirtschaft und Energie** • Als ordentliches Mitglied Fragen an Ministerin Reiche stellen und Protokolle zitieren, die die Widersprüche zu EU-Beihilfenvorgaben aufzeigen. Anhörungen einfordern, in denen Expert:innen zu Speicher-, Netz- und Wärmepumpentechnologien Stellung nehmen.
3. **Im Unterausschuss des Bundestags** • Änderungsanträge zum Klimaschutzgesetz einbringen, die den Ausstieg aus Kohle und Gas auf 2030 festschreiben. Gemeinsam mit Bündnispartnern einen fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag zum Ausbau Erneuerbarer einreichen.
4. **Über eine Kleine Anfrage** • Zur geplanten Mittelumwidmung von Gasspeicherumlage in den Klima- und Transformationsfonds Transparenz schaffen, welche Projekte verschoben oder gestrichen wurden. Zur Vergabe grüner-vs. fossiler Wasserstoff-Fördermittel Aufschlüsselung nach Projekten und Volumen verlangen.
5. **In der Fraktionssitzung der CDU/CSU** • Arbeitsgruppe Energie/Klima: Dort Kernforderungen vorstellen und Mehrheiten für einen Kurswechsel gewinnen.
6. **Auf regionaler Ebene in Rheinland-Pfalz** • Beim nächsten CDU-Landesparteitag eine Resolution für den raschen Ausbau von Solar- und Windkraft und Speichertechnologien einbringen. Bei Pressegesprächen oder Interviews Position beziehen und die neun Kernforderungen öffentlich machen.
7. **Im Wahlkreis Bad Kreuznach** • In Bürger:innenversammlungen und Energie-Werkstätten (z. B. „Runder Tisch Energiewende“) direkt mit Bürger:innen und Betreibern vor Ort diskutieren. Lokale Energiegenossenschaften einladen, ihre Projekte im Wahlkreisbüro vorzustellen und politische Begleitung zuzusagen.

Für ein persönliches Gespräch stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Peter Müller, Omas for Future Bad Kreuznach

Carmen Rinker, Omas for Future Nahe-Glan